



Losberger setzt auf Finanzinvestor

BAD RAPPENAU Beim Zeltspezialisten Losberger steht der Einstieg eines Finanzinvestors bevor. Wie das Unternehmen gestern mitteilte, werde die Beteiligungsgesellschaft HIG Capital Europe die Mehrheit an der Bad Rappenauper Firma übernehmen. Derzeit prüft das Bundeskartellamt den Einstieg der Amerikaner bei Losberger, eine Entscheidung wird bis spätestens Ende August erwartet. Dann soll es auch nähere Informationen über die Hintergründe des Deals sowie die genaue Höhe der Beteiligung geben.

Wie ein Losberger-Sprecher auf Anfrage mitteilte, soll mit dem Einstieg von HIG Capital das weitere Wachstum des Zeltspezialisten und die Eroberung neuer Märkte finanziert werden. Durch den Schritt werde die finanzielle Basis des Unternehmens signifikant gestärkt, heißt es. Es handle sich um ein langfristiges Engagement der Amerikaner, die sich auf mittelständische Unternehmen spezialisiert haben. Unter anderem ist HIG Capital Europe auch beim Recyclingunternehmen „Der grüne Punkt – Duales System Deutschland“ beteiligt.

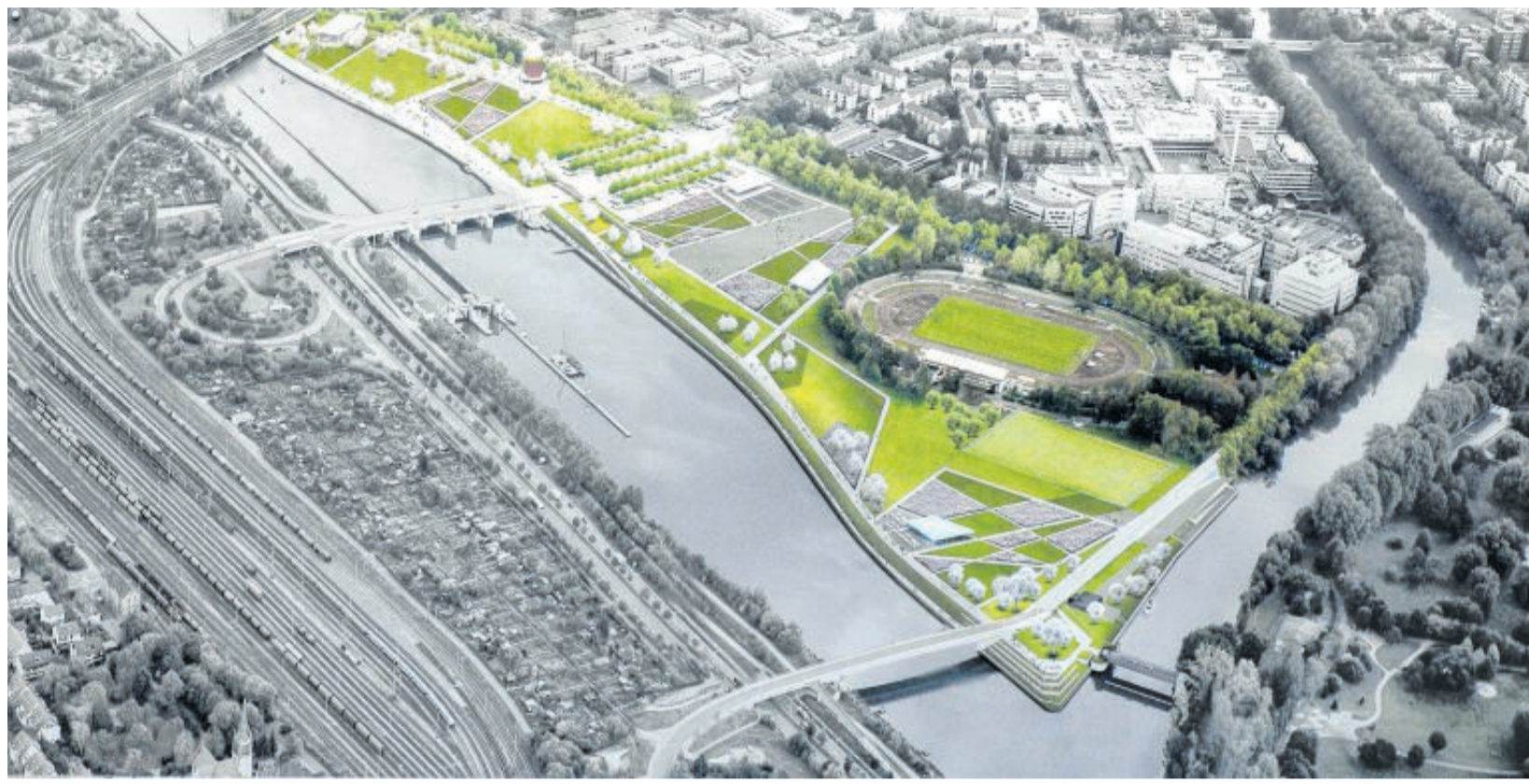
An der Grundausrichtung von Losberger ändere sich durch das Engagement von HIG Capital Europe nichts, betonte der Sprecher. Die international tätige Losberger-Gruppe beschäftigte zuletzt 620 Mitarbeiter, davon rund 240 in der Region. Der Umsatz lag nach Angaben des Sprechers im Jahr 2010 bei 104 Millionen Euro, im laufenden Jahr sollen es mehr als 110 Millionen Euro werden.

Feuerwehr hilft Schwan in Nöten

BAD FRIEDRICHSHALL Tierisches Wochenende für die Einsatzkräfte: Erst ein angetrunkenes Schaf, das in Heilbronn faulende Äpfel verzehrt hatte, dann ein Schwan in Nöten: Über die Wasserschutzpolizei wurde der Bad Friedrichshaller Feuerwehr am Sonntag ein junger Schwan mit einer Angelschnur im Schnabel gemeldet. Ort: die Schiffsanlegestelle des Neckars in Jagstfeld.

Der Schwan war zusammen mit seiner siebenköpfigen Familie am Ufer und konnte von den Helfern schnell gefangen werden. Der Angelhaken wurde entfernt. Nachdem festgestellt wurde, dass der Haken rostfrei war und keine Verletzungen im Schnabelbereich erkennbar waren, konnte der junge Schwan wieder zu seiner Familie in die Freiheit entlassen werden.

Bildergalerie
www.stimme.de



Das Buga-Gelände aus der Sicht der Landschaftsplaner. Bleibt alles nur ein schöner Traum, weil das Land kein Geld zur Förderung von Straßenbauprojekten hat?

Bundesgartenschau in Gefahr

HEILBRONN Straßen-Großprojekte gefährdet – Gemeinderat verärgert über Verwaltung

Von Joachim Friedl

Für die Verkehrswende Heilbronn ist es „der Hammer schlechthin“. Für Baubürgermeister Wilfried Hajek ist es „ein ganz normaler Vorgang“. Die Rede ist von einem Brief aus dem Landesverkehrsministerium mit brisantem Inhalt. Er liegt der *Heilbronner Stimme* vor. Auf Seite zwei steht: „Da das Förderprogramm 2011 bis 2015 für den kommunalen Straßenbau bereits über seine Laufzeit hinaus ausgelastet ist und in den Folgejahren 2016 und 2017 so gut wie keine Spielräume für die Förderung von Großprojekten bestehen, wird seitens des Landes derzeit keine Möglichkeit gesehen, für städtische Bauvorhaben eine Förderung in Aussicht zu stellen.“ Unterzeichnet ist das Schreiben von Eberhard Kries, stellvertretender Abteilungsleiter.

Stinksauer Betroffen von diesem Förderstopp wären die Projekte Neubau Peter-Bruckmann- und Bleichinselbrücke, Erweiterung Karl-Nägele-Brücke, Verlegung der Kalistraße, Umbau des Europaplatzes und der sechspurige Ausbau der Mannheimer Straße. Baumaßnahmen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von mehr als 100 Millionen Euro. Sie sind unabdingbar für den neuen Stadtteil Neckarbogen.

„Das ist ein Schlag in das Gesicht der Stadträte und der Bürger.“
W. Theilacker



Das Fruchtschuppenareal, Herzstück der Bundesgartenschau 2019, ist zeitweilig fast leerräumt. Wann beginnen dort die Bauarbeiten? Fotos: Archiv/Dirks

Dieser Brief, der vor wenigen Tagen bei der Verkehrswende Heilbronn eingegangen ist, löste dort gewaltige Eruptionen aus. Nicht nur wegen des Gehalts, sondern auch wegen der Nicht-Information seitens der Stadtverwaltung. An andere Stelle der Nachricht aus dem Verkehrsministerium heißt es nämlich: „Die Stadtverwaltung Heilbronn wurde hierüber im Juni unterrichtet.“

„Das ist ein Schlag ins Gesicht der Stadträte und der Bürger. Wir sind stinksauer“, kritisieren die Kommunalpolitiker Wolf Theilacker (Grüne) und Hasso Ehinger (Linkspartei) die Verwaltungsspitze. Beide gehören der Verkehrswende an. Zwei Gemeinderatssitzungen sowie eine Ältestenrats- und eine Bauausschusssitzung hat die Verwaltung verstreuen lassen, ohne das Gremium zu unterrichten. „Das ist nicht nachvollziehbar. Das ist Nebenzimmerpolitik und der Sache nicht angemessen“, ist Theilacker zornig.

„Wir verlesen nicht jeden Brief im Gemeinderat. Wir wollen niemanden verrückt machen“, kontert Baudezernent Wilfried Hajek. Viele Bauvorhaben hätten mit negativen Stellungnahmen begonnen und seien später gefördert worden. Auf das Schreiben aus dem Verkehrsministerium gibt Hajek nicht viel: „Wir werden im Herbst Gespräche mit dem Ministerpräsidenten führen. Wir lassen uns nicht entmutigen.“

Für den Fall, dass es keine Landesförderung gibt, sagt Hajek in sich ruhend: „Dann müssen wir anders planen.“ Noch aber seien nicht

alle Fördertöpfe angezapft. Zudem lehre die Erfahrung, dass immer wieder Projekte in anderen Städten nicht wie geplant realisiert würden. Diese Millionen könnten dann nach Heilbronn umgeleitet werden. „Nicht vorstellen“ kann sich Hajek, dass „die grün-rote Landesregierung die Buga aufs Spiel setzt“.

Entrüstung Empört reagieren die großen Fraktionen CDU und SPD im Heilbronner Gemeinderat. Sie wussten nichts von der Existenz des Briefes, bis sie gestern von der *Heilbronner Stimme* informiert wurden. „Das ist ein weiterer Baustein miserabler Informationspolitik seitens der Verwaltung gegenüber dem Gemeinderat“, entrüstet sich Alexander Throm. Der Brief zeigt dem CDU-Fraktionsvorsitzenden und Landtagsabgeordneten die politische Richtung der neuen Regierung, „generell keine neuen Straßbauten mehr zu fördern“. Der Straßenbau im Land „ist quasi zum Erliegen gekommen“.

„Das ist eine skandalöse Informationspolitik gegenüber dem Gemeinderat“, ist Sibylle Mösse-Hagen fassungslos. Die SPD-Fraktionsvorsitzende spricht von einer „Missachtung des Gemeinderats“. Aufgebracht teilt die Sozialdemokratin weiter aus: „Bürgermeister Hajek hätte im Juli Farbe bekennen müssen. Stattdessen hat er uns die harten Fakten verheimlicht.“

„Ich glaube nicht, dass das Land die Buga aufs Spiel setzt.“
Wilfried Hajek

Kommentar „Beispiellos“

Kommentar

Das Land hat kein Geld für Buga-Straßenprojekte. Heilbronn reagiert hilflos.



Von Joachim Friedl

Beispiellos

Einen Plan B gibt es nicht. Stattdessen regiert im Heilbronner Rathaus das Prinzip Hoffnung, gepaart mit Hilflosigkeit. Irgendwie wird sich schon ein Fördertöpfchen auftun, um die für Bundesgartenschau und Neckarbogen erforderlichen Straßenbauprojekte finanzieren zu können. Auf diese dürftige Karte zu setzen, ist blauäugig.

Man muss mit der Verwaltung fast schon Mitleid haben, wenn man sieht, wie der Inhalt des Briefes aus dem Landesverkehrsministerium kleingeredet und ins Lächerliche gezogen wird. Niemand scheint mit einem Machtwechsel in Baden-Württemberg gerechnet zu haben. Jetzt sind viele über den Richtungswechsel im Straßenbau von Kretschmann & Co. bass erstaunt. Krisenmanagement sieht anders aus.

Schlimm ist, wie die Spitzen der Verwaltung immer wieder aufs Neue den Gemeinderat und die Bürger mit Geheimniskrämerei vor den Kopf stoßen. Es ist unfassbar, dass Aussagen von derart weitreichenden Folgen unter Verschluss gehalten werden sollten. Es geht nicht darum, „jemanden verrückt machen zu wollen“, wie Baudezernent Wilfried Hajek es formulierte, sondern darum, offen miteinander umzugehen und die Menschen mitzunehmen. Das hatte die Verwaltung beim Buga-Projekt zugesagt. Wird es brisant, gerät dieser Vorsatz jedoch schnell in Vergessenheit.

In einem muss man Wilfried Hajek aber Recht geben: Grün-Rot kann es sich nicht leisten, die Bundesgartenschau in Heilbronn scheitern zu lassen. Es wäre ein Armutszeugnis für die neue Landesregierung, wenn sie nicht mit aller Kraft dafür eintreten würde, dass dieses Großereignis nach mehr als 40 Jahren wieder einmal nach Baden-Württemberg kommt. Ministerpräsident Kretschmann steht in der Verantwortung.

Ihre Meinung?
joachim.friedl@stimme.de

Hintergrund

Aussagen der Verwaltung

Verwaltungsdrucksache vom 14. Juli: Die Verlegung der Kalistraße, Ausbau der Mannheimer Straße und der Bau der Weststrandstraße sollen zwischen 2014 bis 2016 realisiert werden. Am 16. November kommt der Gemeinderat zu einer Sonder-sitzung zusammen. Thema: Verkehr unter Beachtung der Buga. Nichtöffentlich. jof

Mit dubiosen Riesenradfonds völlig verspekuliert

Heilbronner Anleger bekommt nach Gerichtsurteil 20000 Euro von Deutscher Bank zurück – Knackpunkt Risikoprofil

Von Carsten Friese

REGION Es sollte mit Investorenhilfe hoch hinaus gehen, und am Ende erlebten die Anleger einen tiefen Absturz. Weil er in einen Riesenradfonds „Global View“ investiert und die kompletten 20000 Euro verloren hatte, war ein Heilbronner Anleger gegen die Deutsche Bank vor Gericht gezogen. Er bekam Recht. Das Landgericht verurteilte die Heilbronner Filiale der Deutschen Bank nun zur Bezahlung der 20000 Euro als Schadenersatz. Weil das Geldinstitut den Mann nicht anlegergerecht beraten hatte, so die Richter.

Ob die Bank ausreichend auf die Risiken des Fonds hingewiesen hatte, hat die 6. Zivilkammer nicht geklärt. „Das war zwischen den Parteien höchststreitig“, stellt Richter Ulrich Baumgärtner fest. Aber: Die Bank

hatte das Risikoprofil des Anlegers ermittelt und schriftlich fixiert. In die mittlere Risikoklasse 3 (von fünf) hatte sie den Mann eingestuft.

Nicht gepasst Vor diesem Hintergrund „hätte die Bank diese Anlage nicht anbieten dürfen“, sagt Baumgärtner. Einem Fonds, der Riesenräder in Peking, Dubai, Berlin oder Orlando zum Inhalt hat, Projekte, bei denen noch keine Schraube verbaut war. Nach Einschätzung des Gerichts „war das mindestens Risikoklasse 4, wenn nicht 5“, betont Baumgärtner. Das Produkt hätte auf den Anleger „nicht gepasst“.

Nach dem Vorbild des Londoner Riesenrads „London Eye“ sollten in weiteren Metropolen der Welt die Höhenräder entstehen. In Peking sollte alles bereits zur Olympiade 2008 fertig sein. Doch außer einem

Betonfundament entstand dort nicht mehr viel. In den anderen Großstädten wurde bis heute kein Stein bewegt. Der Fonds floppte, den das Bankhaus Delbrück Bethmann Maffai aufgelegt und die Deutsche Bank über Prospekte beworben und vertrieben hatte. Insgesamt hatten Anleger mehr als 200 Millionen Euro in den Riesenradfonds eingezahlt.

Ausnahme Eine Münchener Kanzlei betreut eine Anlegerinitiative „Global View“ mit rund 300 Betroffenen. Vor dem Frankfurter Landgericht hat die Kanzlei Klage eingereicht und will Fehler im Prospekt über den Riesenradfonds nachwei-

sen. Rechtsanwalt Peter Mattil bewertet den Heilbronner Gerichtsfall als „ungewöhnlich“. Weil es die Ausnahme sei, wenn bei einem solchen Fonds eine schriftliche Bewertung eines Anlegers vorliege.

Die Deutsche Bank hat den Heilbronner Fall nach „Spiegel“-Angaben als „Einzelfall“ bezeichnet. Sie kündigte an, rechtliche Schritte gegen das Urteil zu prüfen. Die Bank habe bei der Beratung immer alle Risikoaspekte

ausführlich beleuchtet, hieß es dort. Laut Richter Baumgärtner ist es für Anleger in der Regel schwierig, einen Beratungsfehler nachzuweisen. Die Mehrzahl der Fälle gehe zu Gunsten der Banken aus. Er erlebt aber auch öfter, dass Anleger „von Risiken nichts hören möchten“.

Ein Riesenradfonds mit Investitionen im fernen China? „Da müsste ich eigentlich auch als Anleger sagen: Achtung.“

Vorbild für die Anleger: das Riesenrad „Golden Eye“ in London. Andere wurden nie gebaut. Foto: dpa



Wüstenrot: Schusswaffen sichergestellt

WÜSTENROT Nachdem ihn seine langjährige Lebensgefährtin verlassen hatte, drohte ein Wüstenroter damit, ihrem neuen Bekannten etwas anzutun. Die Frau und ihr Partner hatten wegen Bedrohung bei der Polizei Anzeige erstattet. Auf Grund der ernst zu nehmenden Angaben durchsuchten Beamte noch am Samstagabend bei dem mutmaßlichen Tatverdächtigen in Wüstenrot die Wohnung.

Der Verdächtige mittleren Alters besaß als Jagdscheinhaber zwei scharfe Schusswaffen – eine Pistole und ein Gewehr. Diese wurden sichergestellt und werden derzeit bei der Polizei verwahrt. Während der Durchsuchungsaktion zeigte sich der Wohnungsinhaber einsichtig. Alkohol war nicht im Spiel. Die weiteren Ermittlungen dauern nach Angaben der Polizei noch an.